

Thesenpapier – Warum Deutschland eine Staatsquotengrenze braucht

These 1 – Eine Staatsquote nahe 50 % ist ein Warnsignal, kein Erfolgsindikator.

Hohe Staatsausgaben bedeuten nicht automatisch bessere Leistungen. Im Gegenteil: Der Staat verliert an Fokus und Effizienz, bürokratische Strukturen wachsen schneller als die Fähigkeit, Kernaufgaben zu erfüllen.

These 2 – Empirisch ist belegt: Ab 45 % Staatsquote sinken Wachstum und Produktivität.

OECD-Daten zeigen eine klare Korrelation zwischen hoher Staatsquote und schwächerer wirtschaftlicher Entwicklung. Übermäßige staatliche Inanspruchnahme von Ressourcen verdrängt private Investitionen und Innovationsaktivität.

These 3 – Deutschland belastet Bürger und Unternehmen überdurchschnittlich stark.

Die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote gehört zur Weltspitze. Das schwächt Wettbewerbsfähigkeit, erschwert Unternehmensgründungen und reduziert das verfügbare Einkommen der Beschäftigten.

These 4 – Ohne Begrenzung wächst der Staat schneller als die Wirtschaft.

Ohne strukturelle Korrektur steigt der Anteil staatlicher Ausgaben langfristig schneller als das BIP. Die Folge sind strukturelle Ungleichgewichte, schwache private Kapitalbildung und chronischer Reformstau.

These 5 – Eine Staatsquotengrenze stärkt die Kernaufgaben des Staates.

Eine verbindliche Obergrenze zwingt Politik, zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden. Innere und äußere Sicherheit, funktionierende Infrastruktur und Bildungssysteme profitieren von klaren Prioritäten.

These 6 – Privatwirtschaftliche Wertschöpfung ist die Grundlage des Wohlstands.

Nur eine starke, innovative Privatwirtschaft kann dauerhaft den finanziellen Rahmen für einen leistungsfähigen Staat sichern. Ein überdehnter Staat schwächt die Basis, die ihn trägt.

These 7 – Internationale Beispiele beweisen: Effizienz entsteht durch Begrenzung.

Länder wie die Schweiz (Staatsquote rund 33 %) zeigen, dass ein leistungsfähiger Staat mit schlanker Struktur vereinbar ist. Auch Reformländer wie Schweden haben ihre Staatsquote deutlich reduziert und ihre Wettbewerbsfähigkeit gesteigert.

These 8 – Eine Staatsquotengrenze ist verfassungskonform und politisch machbar.

Analog zur Schuldenbremse kann eine Staatsquotengrenze als neuer Artikel im Grundgesetz verankert werden. Sie erfordert politischen Willen, ist aber ordnungspolitisch klar begründbar und demokratisch

legitimierbar.

These 9 – Die Reform ist generationengerecht.

Eine übermäßige, dauerhaft steigende Staatsquote verschiebt Lasten in die Zukunft. Eine verbindliche Obergrenze schützt kommende Generationen vor struktureller Überforderung und schafft Planungssicherheit.

These 10 – Deutschland braucht neue Prioritäten, nicht neue Programme.

Die Staatsquotengrenze zwingt dazu, bestehende Ausgaben kritisch zu überprüfen, Doppelstrukturen abzubauen und den Staat auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren – statt immer neue Programme aufzulegen.

Eine Staatsquotengrenze ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Instrument, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern, Wohlstand zu erhalten und die freiheitliche Ordnung zu stärken.

Dieses Thesenpapier dient als Grundlage für Diskussionen in Politik, Verbänden, Wirtschaft und Medien. Es soll Denkanstoß sein und zur Konkretisierung eines verfassungsrechtlichen Reformprojekts beitragen.